



Wählen ab 16 vom Landtag abgelehnt

Nach der Juni-Sitzung des Landtags bleibt es leider dabei: Thüringerinnen und Thüringer dürfen weiterhin erst ab 18 Jahren wählen gehen, ein von der LINKEN vorgelegter Gesetzentwurf wurde von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Die Fraktion betonte ihre Enttäuschung über dieses Abstimmverhalten, zugleich begrüßte die jugendpolitische Sprecherin Katharina König die Zustimmung der Grünen- und der FDP-Fraktion zum LINKE-Gesetzentwurf.

Die abschließende Debatte im Landtag am 19. Juni habe gezeigt, dass es eine - bis auf die CDU - überfraktionelle Zustimmung für eine Absenkung des Wahlalters in Thüringen gibt. Ziel war und ist es weiterhin, Partizipation nicht nur immer und überall zu fordern, sondern auch die Möglichkeiten auf parlamentarischer Ebene auszuschöpfen und somit ein Mehr an Mitgestaltung für und durch Jugendliche zu erreichen.

„Dass die SPD trotz ihrer inhaltlichen Position und ihrer prinzipiellen Zustimmung zur Herabsenkung des Wahlalters den Gesetzentwurf aufgrund des Koalitionszwangs doch ablehnte, ist traurig“, sagte Katharina König und verwies darauf, dass Jugendliche bis 2019 weder an Kommunalwahlen, noch an der bevorstehenden Landtagswahl in Thüringen teilnehmen können. „So bleibt nur zu hoffen, dass die SPD im Jahr 2014 bereit ist, sich an einer Koalition zu beteiligen, die solche gemeinsamen Inhalte auch umsetzt. Denn es benötigt nicht nur zustimmende Worte, sondern auch eine entsprechende Abstimmung.“ ■

Ausgezeichnet für Demokratie und Zivilcourage

Auf scharfe Kritik des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Bodo Ramelow, war der Versuch der FDP-Fraktion gestoßen, die Diffamierung des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König mit einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 19. Juni fortzusetzen:

„Lothar König Toleranz, Akzeptanz von Meinungsvielfalt und Demokratie absprechen zu wollen, ihm ein zweifelhaftes Verhältnis zur Gewalt anzudichten, ist an Torheit und Bössartigkeit nicht zu überbieten. Lothar König engagiert sich wie nur wenige andere dafür, dass insbesondere junge Menschen sich einmischen, ihre Meinungen einbringen und für ihre Interessen zu streiten und dabei den Respekt und die Achtung vor anderen Menschen nicht verlieren“, sagte Bodo Ramelow.

Lothar König, unerschrockener Streiter gegen Neonazismus

Die FDP-Fraktion hatte die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises - durch die Sozialministerin auf der Meile der Demokratie am 8. Juni in Kahla, wo erneut Neonazis aufmarschiert waren - an Lothar König kritisiert. Inzwischen hat der unerschrockene Streiter gegen Rechtsextremismus mit dem Jenaer Preis für Zivilcourage am 21. Juni durch den Oberbürgermeister der Stadt eine weitere Auszeichnung erhalten. Die FDP im Thüringer Landtag hatte mit Verweis auf den Demokratiepreis des Sozial-

ministeriums erklärt, dass es ein „fatales Signal“ sei, einen solchen Preis zu verleihen während des laufenden Prozesses gegen König in Dresden.

Dazu Bodo Ramelow: „Jeder, der auch nur eine Stunde in dem Dresdner Gerichtssaal verbracht hat, musste miterleben, dass das Verfahren von Akteuren betrieben wird, an deren Verhältnis zum Rechtsstaat erhebliche Zweifel aufkommen. Der Demokratiepreis ist auch ein Signal gegen jeden Versuch der Kriminalisierung.“ Erst kürzlich hatten auch Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess in München die Einstellung des Verfahrens gegen König gefordert.

Staatsanwaltschaft außer Rand und Band

In der von der FDP beantragten Aktuellen Stunde „Preisvergabe umstritten - Kriterien für die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises der Thüringer Landesregierung“ hatte Bodo Ramelow die Preisverleihung an Lothar König nochmals als „eine mutige und eine vor allem auch richtige Entscheidung“ gewürdigt und die Diffamierungsversuche zurückgewiesen. Der LINKE Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass sich Lothar König all die Jahre „gegen eine Obrigkeit nie hat einschüchtern lassen, weder gegen die von der SED noch gegen die Stasi, noch gegen Staatsanwaltschaften, die in Dresden erst ermitteln gegen ihn wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und anschließend herabstufen auf Landfriedensbruch. Dann stellen

Sie sich hin und sagen, wie empörend das ist, dass gegen ihn ermittelt wird wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung“.

Weiter aus dem Plenarprotokoll der Rede von Bodo Ramelow: „Offenkundig gibt es in Sachsen ein Justizproblem und offenkundig ist die sächsische Staatsanwaltschaft außer Rand und Band. Offenkundig ist es notwendig, auch einmal klar zu benennen, dass solche Verhältnisse in Thüringen nicht herrschen. Dafür bin ich in der Tat dankbar, dass die Rechtsstaatlichkeit und die rechtsstaatlichen Prinzipien in Thüringen funktionieren und die Landesregierung und die Fraktionen, wenn Nazis aufmarschieren auch mitkommen und gemeinsam Gesicht zeigen. Ich finde das zumindest erwähnenswert.“

Demokratiepreis für Tim

Der LINKE Politiker weiter: „In Sachsen lässt man jahrelang die Nazis aufmarschieren und stellt sich abseits hin. Dann gibt es einen Menschen, der wird verurteilt, weil er durch ein Megaphon gerufen hat: 'Kommt nach vorn! Kommt nach vorn!' Der wird für 22 Monate ohne Bewährung verurteilt. Ich kann nur sagen, Tim hat unsere Sympathie und unsere Solidarität auch verdient und hätten wir noch einen Vorschlag, dann würden wir den auch noch zum Demokratiepreis vorschlagen, und zwar solange, bis in Sachsen die Justiz endlich etwas unternimmt, dass die Nazis nicht mehr aufmarschieren können.“ ■

Inklusion

Mit Blick auf den jetzt verspätet von Thüringer Kultusminister angekündigten Landesentwicklungsplan für den inklusiven Unterricht in Thüringen kritisierte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, die auch Mitglied im Inklusionsbeirat des Bildungsministeriums ist, „dass bisher weder der Beirat noch die Arbeitsgruppen informiert wurden“. Sie forderte, dass „umgehend die Akteure vor Ort und Elternvertreter an der Erarbeitung des Landesentwicklungsplans beteiligt und die Mitglieder des Inklusionsbeirats in Kenntnis gesetzt werden. Der Kabinettsbeschluss dürfe auf keinen Fall zum Berichtersatz der Landesregierung werden.“ ■



In den Wahlkreisen der Landtagsabgeordneten der LINKEN in Thüringen ist das rote Quetsche-Entchen in diesem Sommer mit unterwegs. Auf den Fotos für den eigens eingerichteten Twitter-Account - rote_ente - kann laufend verfolgt werden, was diese Teufels-Entchen so unternehmen und wo sie vielleicht sogar ein neues Zuhause gefunden haben.

(Internet-)Überwachungswahn beenden

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag kritisiert den immer stärker zunehmenden Überwachungswillen und Überwachungswahn in Deutschland. Dieser sei auch nicht mit einem angeblichen Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen. Die netzpolitische Sprecherin Katharina König erklärte: „Wenn der BND weitere 100 Millionen Euro in die Ausweitung der anlasslosen Internetüberwachung investieren will, so bleibt - ausgehend von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - nur eins zu sagen: Dies ist Verfassungsbruch!“. Darüber hinaus zeugten der Wille und das Vorhaben des Bundesinnenministers weder von einem Datenschutz- noch von einem menschenrechtsorientierten Verständnis.

Denn „die Überwachung des Internets stellt immer auch einen Eingriff in die Privat- und Intimsphäre von Menschen dar. Die Praxis der Vereinigten Staaten von Amerika und das angestrebte Vorgehen in der Bundesrepublik gehen über den orwellischen Gedanken eines Überwachungsstaates schon hinaus“, sagte die Abgeordnete. Katharina König appellierte an Internetnutzer, die Möglichkeiten verschlüsselter Kommunikation wie Pretty Good Privacy (PGP) oder Instant Messenger mit OTR zu nutzen, um dem Ein- und Zugriff des Staates Grenzen zu setzen, denn, so die Netzpolitikerin abschließend, „den Staat hat es nicht einmal zu interessieren, dass man nichts zu verheimlichen hat.“ ■